

EINSPRUCH

NR. 13
Oktober
2010

P.b.b.
Verlagsort 1010 Wien
Plus Zeitung
102038438P



DIE "SAGEN" DER SPITZENKANDIDATEN

SPÖ



Klare Regeln
fürs Zusammenleben
Kurallara uyalım

ÖVP



Sprechen
wir auf Deutsch
*Almanca
konuşalım*

Grüne



Billige
Öffis für alle
*Ucuz toplu
ulaşım*

FPÖ



Wennst dem
Mustafa ane auf-
brennst, kriegst a Hasse
spendiert!

Leiwand,
voll auf's Nudelaug!*-
I nimm a Burenhäutl mit an
siaßen Senf und an
Buckl*, HC!

***NUDELAUG,**

bedeutet: "Harnröhrenöffnung des Penis".

(Quelle: <http://www.wien-tourist.info>)

"Wer Mustafas Harnröhrenöffnung mit der Stein-
schleuder trifft, bekommt eine heiße Wurst von
FPÖ Chef Strache" "HURRRRA, LEIWAND"

STADT **WIEN** WÄHLT SEINE STAATSMÄNNER

Wien Wahl 10.10.10 SPEZIALAUSGABE

INHALT

COVERSTORY

- 04 WO SIND DIE STAATSMÄNNER?**
Wien Wahlen 10.10.2010-

POLITIK

- 14 "MITEINANDER – FÜREINANDER"**
Obfrau des Wirtschaftsbundes Dr. Jessi Lintl kandidiert als Bezirksrätin der Inneren Stadt -

RELIGION

- 07 AUSTRIA PRESSE AGENTUR:**
"Schakfeh soll Lehrer zum Mitgliederkeilen zwingen"-

WIEN WAHL 2010 Spezial

- 18 WIEN WAHLEN 10.10.2010:**
Beiträge zu den Wahlen.

BUNDESHEER

- 08 "WEHRDIENST MIT STOLZ"**
Austrotürkische Soldaten im österreichischen Bundesheer.



Seite 18
Wien Wahl spezial.
10.10.10



Seite 14 "Miteinander – Füreinander"
Obfrau des Wirtschaftsbundes Dr. Jessi Lintl kandidiert als Bezirksrätin der Inneren Stadt.



Seite 27 „Jetzt Gegensteuern!“. Umfrage bestätigt Handlungsbedarf bei Bürokratieabbau.



Seite 08 "Wehrdienst mit Stolz" Austrotürkische Soldaten im österreichischen Bundesheer.

Wer vertritt den Islam in einem interreligiösen Dialog? S. 04

EINSPRUCH

NR. 01
JUNI 2009

Rückmeldung zum
Verlagsanlasser und Wien



DAS KOPFTUCH STAMMT AUS DER BIBEL



■ **NÄCHSTE AUSGABE:** Alles über Tücher, Kopftücher und Verschleierungen von Sumerern, Juden, Christen und Moslems.

Wien Wahlen 10.10.2010

Wo sind die Staatsmänner?

Kopftuch, Minarette, – das sind die Themen, welche bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010 auf eine heuchlerische und skrupellose Weise mit einer Doppel- bis Dreifachmoral, sowie während Unbeständigkeit diskutiert werden. Die Trennung zwischen Kirche und Staat (=Säkularismus) - was für aufgeklärte ÖsterreicherInnen und MigrantInnen eigentlich genau so lebenswichtig ist wie frischer Sauerstoff - sollte in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständlich sein!

■ von Birol Kilic b.kilic@neueweltverlag.at

Kopftuch, Minarette, – das sind die Themen, welche bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen 2010 auf eine heuchlerische und skrupellose Weise mit einer Doppel- bis Dreifachmoral, sowie während Unbeständigkeit diskutiert werden. Die Trennung zwischen Kirche und Staat (=Säkularismus) - was für aufgeklärte ÖsterreicherInnen und MigrantInnen eigentlich genau so lebenswichtig ist wie frischer Sauerstoff - sollte in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständlich sein! Die Unwissenheit über das Thema von politischen Parteien, Politikern, Verbänden, Medien oder Kirchen in Österreich gepaart mit Machtbesessenheit gibt Ihnen noch lange nicht das Recht auf die Politisierung des Glaubens als Instrument zum Akquirieren von Wählerstimmen zurückzugreifen. Politisierter Glaube ist eine Gefahr

für die Demokratie in Österreich und für alle wahren, gläubigen Menschen, egal ob Juden, Christen, Moslems. Auch für die Atheisten oder Agnostiker. Diese Vermischung ist daher strikt abzulehnen und nicht vertretbar! Ich, als überzeugter österreichischer säkularer und aufgeklärter Moslem mit türkischer Herkunft, erhebe Einspruch gegen „den politischen Islam“ aber nicht gegen den Glauben „Islam“ der im Koran festgeschrieben wurde.

Es tuchen selbsternannte „Vertreter“ der 500.000 Muslime in Österreich auf staatlichen Empfängen gegenüber Institutionen und Behörden auf erzählen einseitig ahnungslosen Politikern, wie im Märchen von 1001 Nacht, zu erzählen „was der Islam ist“, bzw. aus ihrer konservativen Sichtweise sein soll. Die „politischen Islamanhänger“, nicht nur aus der Türkei, sondern auch aus Ländern des Nahen Ostens haben hier eine große Bühne samt Publikum bekommen und liefern eine



Darbietung, in der Politik und Religion vermischt werden. Unter dem Deckmantel des Dialogs und der Toleranz einen politisch-islamischen Hybrid salonfähig zu machen, wurden bereits mächtige Strukturen in Österreich aufgebaut. Diese haben bereits einen enormen Einfluss auf Politik und Gesellschaft. Die selbsternannten Vertreter der konservativen-islamischen

Strömung verbreiten eigentlich den traditionellen bzw. politischen Islam, der auf den Sitten und Gebräuchen des Nahen Osten beruht - nicht den wahren Islam, der im Koran festgehalten und vom Propheten Mohammed verkündet wurde, wonach das Nutzen des Verstandes und der Vernunft als absolutes Muss vorgeschrieben wurde: „Gott sendet seinen Zorn über Jene, die ihre Vernunft und ihren Verstand nicht gebrauchen mögen“ Sure 10, Vers 100. Ich stelle eine ganz simple Frage: Was benützen die Muslime denn am wenigsten? Ist den Vertretern der politisch-islamischen Strömung überhaupt klar, woher die Quelle des „Zorns“ auf den Menschen der muslimischen Glaube kommt? Die Antwort auf diese Frage steht ebenfalls im Koran. Die aktuelle Situation ist dadurch bedingt, dass sie sich vom Weg, den Verstand und die Vernunft im Interesse des Gemeindewohls zu nutzen, immer weiter entfernen.

Was machen die selbsternannten Vertreter der politisch-islamischen Strömung? Sie schrecken nicht einmal davor zurück, sich (fast marktschreierisch) unmittelbar und unverschämte in die österreichische Tagespolitik, wo ebenfalls die Mischung von Religion und Politik an der Tagesordnung steht, einzumischen. Die autochthonen österreichischen Politiker/-innen bedienen sich aus dem gleichen konservativen Topf der potenziellen Wählerschaft indem man politische Funktionäre aus den eigenen Parteien zu Moscheevereinen schickt. So als ob es ganz

üblich wäre, ihre Partei und ihre politischen Ansätze in einem Gebetshaus vorzustellen und Wählerstimmen zu lukrieren. Ist es Ihnen gestattet so etwas vor oder nach dem Sonntagsgebet in den Kirchen mit



Zustimmung des Priestertums zu tun? Nein, natürlich nicht. Aber warum tun sie bei den Muslimen, als wäre es selbstverständlich wie beim Besuch der „Volkstheater“, „Akademietheater“ oder „Burgtheater“? Muss man nicht aber gegen dieses „Affentheater“ Einspruch erheben. Ich erhebe hiermit Einspruch.

Die Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben in Österreich geht nicht primär vom rechten Lager aus, denn da wissen wir, wie sie denken und was sie sind. Die größere Gefahr geht von jenen aus, welche die Religion für ihre niederen Zwecke missbrauchen. Dabei kann man nicht oft genug

betonen, dass nicht die Religion das Problem ist, sondern die politischen Islamanhänger, welche die Politik als Bühne zur Verbreitung ihrer gefährlichen Überzeugungen missbrauchen. Die Trennung von Staat und Kirche in Österreich setzt eine Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften voraus, und ist gleichzeitig eine der demokratischen Grundwerte eines Rechtsstaates. Die bitteren Auswirkungen, welche sich aus der Vermischung von Politik und Religion ergeben können sind in diesem Land bereits auf dem Vormarsch und für Menschen, welche Politik nicht als wichtiges Attribut im Leben wahrnehmen, ein unsichtbares Virus der sich rasend schnell und rasant ausbreitet. Daher lade ich alle 500.000 Menschen mit islamischen Glauben in Österreich ein, gegen den Missbrauch des islamischen Glaubens Einspruch zu erheben. Niemand darf und soll sich als Vertreter der Muslime, oder gar als Vertreter Gottes in Österreich darstellen. In der islamischen Religion existieren laut „Koran“ - im Unterschied zum Christentum - zwischen Gott und Mensch keine geistlichen Würdenträger. Sogar der Prophet hat keine Wächterrolle. Aufgeklärte Muslime möchten in Österreich keine Vermittler und kein Sprachrohr, welches den Glauben für poli-

tische Zwecke instrumentalisiert, um eigene Sekten, Parteien, und ausländische Regierungsinteressen in Österreich zu vertreten. Österreich darf kein Hinterland und Nährboden für die oben genannten Gruppierungen und Institutionen werden. Die Gebetshäuser allgemein aber besonders Moscheen sollten nur Orte des Gebets sein und nicht Hinterzimmer parteipolitischer Interessensverfolgung. „Die Weitsicht eines Politikers reicht nur bis zur nächsten Wahl, ein Staatsmann blickt bis zur nächsten Generation“, sagte einst Thomas Jefferson. Da ohne Einspruch keine Ansprüche gestellt werden können, erhebe ich im Namen der aufgeklärten säkularen Menschen in diesem Land Einspruch. Lasst Staatsmänner an Stelle von kleinkarierten Politikern agieren! Doch wo bleiben diese Staatsmänner?



FABION
TOURS

Ihr Spezialist für
exklusive Reisen
in die Türkei...

SunExpress.com

RELIGION

Austria Presse Agentur (APA):
“Schakfeh soll Lehrer zum Mitgliederkeilen
gezwungen haben“

IST DAS WAHR?

Volksblatt Montag, 4. Oktober 2010 Politik | 3

Islamische Gemeinde zwingt Lehrer zum Mitgliederkeilen

Moslem-Präsident will Religionslehrer feuern, wenn nicht ihre ganze Familie der IGGiÖ beiträgt — Enzenhofer: „Ein Wahnsinn!“

Von Manfred Maurer

„Wir haben Befehl bekommen, in den Schulen Mitglieder zu werben“ — ein islamischer Religionslehrer aus Linz ärgert sich, weil er zum Keilen von Mitgliedern für die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) verdonnert wurde. Befehl? Senad Podojak, 60, Fachinspektor für Islam-Religionsunterricht, stellt die Sache harmloser dar: „Religionslehrerinnen sind als Mitarbeiter der IGGiÖ über die Registrierung (neuer Mitglieder) informiert worden, damit sie als Multiplikatoren die Informationen weitergeben können“, so Podojak zum VOLKSBLATT. Podojak, zugleich 60, IGGiÖ-Chef, redet die Causa schön. Denn tatsächlich gab es nicht nur den Befehl, sondern auch eine Drohung — ausgesprochen von IGGiÖ-Präsident Anas Schakfeh. In einer Rede vor Islam-Lehrern aus ganz Österreich ging es nicht etwa um die Verbesserung des Unterrichtes, sondern um ein handfestes Problem der IGGiÖ: Mitglieder-mangel. Schakfeh forderte die Lehrer vor Schulbeginn auf, „in der ersten Woche nichts anderes zu tun, als Schülerinnen und Schüler und ihre Geschwister und ihre Eltern zu registrieren“. Die Lehrer müssten nicht nur selbst IGGiÖ-Mitglied sein, sondern auch dafür sorgen, dass die ganze Familie beiträgt. Andernfalls, so Schakfeh, „werden sie ihren Posten verlieren“ (siehe „Zitiert“). Der 60-jährige Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer ist entsetzt über die erst jetzt bekannt gewordene Drohung: „Das ist ein Wahnsinn“, sagt Enzenhofer zum VOLKSBLATT und stellt klar: „Schule darf nicht für außerschulische Zwecke instru-

Zitiert

„Passt auf, was ich sage: Ihr müsst jeder von euch die Registrierungsformulare mitnehmen und jetzt in der ersten Woche nichts anderes tun, als Schülerinnen und Schüler und ihre Geschwister und ihre Eltern zu registrieren.“

IGGiÖ-Chef Schakfeh vor Islam. Religionslehrern

„Religionslehrer, wenn sie persönlich und ihre Familienangehörigen, Kinder usw. nicht registriert sind, werden ihren Posten verlieren. Das klingt hart, ist aber so.“

Derselbe

die für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft erforderliche Mindestzahl von 16.000 Mitgliedern nachweisen. Kritiker der IGGiÖ behaupten, sie habe nicht einmal 300. Schakfeh kann dies durch keine Mitgliederkartei entkräften. Es gibt keine. „Ich kann nur darauf verweisen, dass wir mit den Lehrern mehr als 600 Angestellte haben, so viele Mitglieder haben wir auf alle Fälle“. Das reicht bei weitem nicht, weiß auch Schakfeh: „Damit die IGGiÖ gegenüber dem Verfassungsgerichtshof argumentieren kann, brauche ich einige hunderttausend Mitglieder.“ Der verärgerte Linzer Religionslehrer glaubt übrigens nicht, „dass die Keilaktion erfolgreich war“. Ungeachtet der Drohung Schakfehs, zu der die IGGiÖ-Zentrale in Wien nicht Stellung nehmen wollte, haben sich nämlich viele Lehrer verweigert.

„Nachlässigkeit ist Mentalität der Muslime“

Nachlässigkeit als typischer Wesenszug von Muslimen? Würde ein Nicht-Muslim ein solches Pauschalurteil fällen, bekäme er wohl ein Problem mit empörten Muslimen. Zu Recht. Doch kein Geringerer als der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) hat dieses Urteil über seine Glaubensbetreuer und -schwestern gesprochen:

Schädliche Mentalität

Anas Schakfeh sieht nämlich die Ursache für den bislang geringen Erfolg der Mitgliederwerbungen nicht etwa in Vorbehalten vieler österreichischer Muslime gegenüber der IGGiÖ, sondern in einem Mentalitätsproblem. Wörtlich sagte Schakfeh am 12. September vor islamischen Religionslehrern: „Diese Mentalität, die wirklich zu beklagen ist, der Muslime, Nachlässigkeit, hat dazu geführt, dass wir bis jetzt wenig Anträge (auf Mitgliedschaft, Anm.) bekommen haben. Das ist schädlich.“ An anderer Stelle bekräftigt Österreichs oberster Moslem seine von jeder political correctness befreite Aussage sogar noch einmal: „Die Mentalität kommt uns in die Quere!“ Mit den Folgen dieses angeblichen Mentalitätsproblems österreichischer Muslime begründete der IGGiÖ-Präsident die Notwendigkeit jener umstrittenen Mitgliederkeilerei, zu der er die islamischen Religionslehrer an den österreichischen Schulen verdonnert hat. Schakfeh: „Deswegen (weil uns die nachlässige Mentalität in die Quere kommt) haben wir beschlossen, dass die Lehrerinnen und Lehrer aktiv in der Registrierungsphase sein sollen.“

ein islamischer Religionslehrer aus Linz im „Volksblatt“ (Samstag-Ausgabe) zitiert. Bei der IGGiÖ wollte man auf APA-Anfrage von einer Drohung nichts wissen, es sei lediglich um die Klarstellung gegangen, dass man als Nicht-Mitglied der Glaubensgemeinschaft auch nicht deren Angestellter und Religionslehrer sein könne. Das sei bei den anderen Religionsgemeinschaften nicht anders und „das Normalste auf der Welt“. Die IGGiÖ sieht auch den Auftrag an die Lehrer, um Muslime zu werben nicht als Mitgliederkeilen. Vor dem Hintergrund der neuen IGGiÖ-Verfassung sollen die Pädagogen als Multiplikatoren Muslime darüber informieren, dass sie nicht automatisch Mitglieder der Glaubensgemeinschaft seien, sondern sich aktiv registrieren müssten.

Viele Muslime seien das von ihren Herkunftsländern nämlich nicht gewohnt, so eine Sprecherin der IGGiÖ. Schakfeh wird in der Zeitung vor einer Lehrer-Versammlung mit folgenden Worten zitiert: „Passt auf, was ich sage: Ihr müsst jeder von euch die Registrierungsformulare mitnehmen und jetzt in der ersten Woche nichts anderes tun, als Schülerinnen und Schüler und ihre Geschwister und ihre Eltern zu registrieren.“ Und weiter: „Religionslehrer, wenn sie persönlich und ihre Familienangehörigen, Kinder usw. nicht registriert sind, werden ihren Posten verlieren. Das klingt hart, ist aber so.“

„Hinter Schakfehs Aktivität soll Mitglieder-mangel stecken. Die IGGiÖ brauche angesichts einer Klage vor dem Verfassungsgerichtshof für die Anerkennung als Religionsgemeinschaft mindestens 16.000 Mitgliedern, so die Zeitung. Kritiker behaupten, die Glaubensgemeinschaft habe nur ein paar hundert Mitglieder. Offizielle Zahlen nennt die IGGiÖ nicht. Wichtig sind der IGGiÖ zahlreiche Registrierungen auch deshalb, weil im November die Wahlen zur neuen Vertretung in der Gemeinschaft beginnen. Nächstes Jahr wird auch ein neuer Präsident gekürt.“

Grüner Walser fordert Klarstellung von Schakfeh Präsident der IGGiÖ drohte LehrerInnen mit Kündigung, wenn sie sich weigern Mitglieder zu keilen „Schakfeh muss sofort klar stellen, ob er die Rede in dieser Form gehalten hat“, fordert der Bildungssprecher der Grünen, Harald Walser. Falls er wirklich seine Funktion als Präsident der IGGiÖ missbraucht hat und aus seinen Islam-LehrerInnen Keiler für die Glaubensgemeinschaft machen wollte, dann ist er nicht mehr tragbar. „Wenn der Bericht wirklich zutrifft, dann muss Schakfeh seine Drohungen gegenüber den ReligionslehrerInnen zurücknehmen, sich entschuldigen und sofort zurücktreten“, so Walser.

Wien/Linz (APA) - Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) soll islamischen Religionslehrern „befohlen“ haben, um Mitglieder zu werben. IGGiÖ-Präsident Anas

Schakfeh soll den Lehrern außerdem mit Jobverlust gedroht haben, wenn sie nicht alle ihre Familienangehörigen als IGGiÖ-Mitglieder registrieren. „Wir haben Befehl bekommen, in den Schulen Mitglieder zu werben“, wird

Austrotürkische Soldaten im österreichischen Bundesheer

“Wehrdienst mit Stolz“



Stabswachmeister
Serkan
Eyigüler



Vorbildliche Austrotürken
im Österr. Bundesheer

Stabswachmeister
Austrotürke Serkan
Eyigülerüber
seinen Beruf: Ich
bin sehr stolz auf
meine Pflicht im
österreichischen
Bundesheer.”





Brigadier Dr. Karl Schmideder, Militärkommandant und Hietzinger Bezirksobmann DI Heinz Gerstbach begrüßen die Soldaten



Brigadier DI Karl Schmiedseder eröffnet die Zeremonie mit einer Begrüßung.



Soldat Kerem Karkucak nimmt zusammen mit seiner Familie an der Zeremonie teil.



Stabswachtmeister Serkan Eyigüler ist stolz über seine Mitwirkung am österreichischen Bundesheer.



DI Heinz Gerstbach, Bezirksobmann von Hietzing, erklärt seinen Stolz gegenüber allen Soldaten.



Österreichische Soldaten während der Zeremonie.

Im Zuge der letzten Ausgabe (September 2010) der „Yeni Vatan“, in der wir auf Türkisch über türkischstämmige Soldaten im österreichischen Bundesheer berichteten, erhielten wir sehr viele Resonanzen. Da der Artikel jedoch auf Türkisch verfasst wurde, wollten vor allem unsere österreichischen, interessierten Leser wissen, was alles im Bericht wiedergegeben wurde. Kurz und prägnant: Der Bericht hatte ein Eidesschwurereignis stolzer, türkischstämmiger Soldaten im österreichischen Bundesheer als Thema. Dieses



Muhammed Durmaz Hakan Demirci Mehmet Koçak İdris Diktaş Tolga Diktaş Kerem Karkucak



Die Garde zeigt sich stolz bei der Zeremonie.

Die österreichischen Soldaten waren beim Einmarschieren sichtlich nervös.



fand im Ambiente des Schloss Schönbrunn statt. Wien - Das historische Schloss Schönbrunn war Gastgeber der Zeremonie für Eidesschwur des österreichischen Bundesheers am 13. August 2010. Äußerst agil und wendig traten die türkischstämmigen Soldaten bei der Schwurzeremonie auf. Die Zeremonie fing mit der Begrüßung des Wiener Brigadiers Karl Schmidseider und des Hietzinger Bezirksobmanns DI Heinz Gerstbach an. Im Anschluss wurde die österreichische Fahne gehisst. Es war nicht zu übersehen, dass die türkischstämmigen Soldaten während der Zeremonie ziemlich nervös waren.

Der Brigadier, Dr. Karl Schmidseider, den wir vor der Zeremonie kurz nach seiner Meinung gefragt hatten, erklärte seine Zufriedenheit darüber, dass es im Bundesheer auch austro-türkische Staatsbürger gibt. Zur „Yeni Vatan“-Zeitung deklarierte er: „Es ist schon sehr erfreulich, dass türkischstämmige Soldaten bei uns im Bundesheer sind. Sie alle sind gute und vollkommen integrierte Soldaten in Österreich.“

Der türkischstämmige Stabsfeldwebel Serkan Eyigüler, der wiederum Befehlshaber vieler Österreicher und unter anderem türkischstämmiger Soldaten ist, erzählte, dass auch er ziemlich stolz und erfreut sei, im österreichischen Bundesheer dienen zu dürfen. „Ich bin ziemlich froh, dass ich ein Teil

des österreichischen Bundesheers bin. Man empfindet schon einen gewissen Stolz, wenn man Österreich dienen kann.“, so Eyigüler. Der höchstdisziplinierte Stabsfeldwebel ergänzte, dass es unter seiner Brigade auch türkischstämmige Soldaten gibt, doch untereinander würde man sich nur auf Deutsch verständigen.

Die zu erwähnenden Namen der neuen austro-türkischen Soldaten heißen wie folgt: Kerem Karakucak, Hakan Demirci, Mehmet Kocak, Idris Diktas, Tolga Diktas, Muhammed Durmaz. Mehmet Kocak. Einer der Soldaten, der sich auch unter anderem als stolz erklärte, im österreichischen Bundesheer als Soldat dienen zu dürfen, meinte: „Ich bin froh, dass ich im Bundesheer bin. Manchmal werden wir gefragt, warum gerade „wir“ diese Pflicht eingehen und nicht auf die Option eines Zivildienstes zurückgreifen? Meine Antwort darauf: „Ein gestandener Mann zieht den Militärdienst, dem Wehrersatzdienst vor. Ohne im Schlamm gekrochen zu sein bzw. an seine Grenzen zu gehen, fehlt einem die Erfahrung, welche die Einstellung eines „wahren“ Mannes formt.“ Ein anderer türkischstämmiger Soldat, Hakan Demirci, der sogar aufgrund des Wehrdienstes von Salzburg nach Wien gekommen ist, schmiedet für die Zeit nach dem Heer weitere Pläne. Er plant ein Studium in Wien, welches unter anderem auch ausschlaggebend für seine Entscheidung, in die Bundeshauptstadt Österreichs zu ziehen, war. Türkischstämmige Soldaten betonten auch,

Kommandanten und Regierungsabgeordnete aus Österreich beim Vortragen der Nationalhymne.



dass im österreichischen Bundesheer andere Religionen vollwertig respektiert werden.

Dies zeige sich vor allem hinsichtlich der Mahlzeiten, welche den vorgeschriebenen Besonderheiten der muslimischen Soldaten entsprechen. Auch während des Fastenmonats „Ramadan“ dürfen die Soldaten zu Hause bleiben. Grundsätzlich wird jegliche Form von Rassismus nicht toleriert. Auch

Familienangehörige der türkischstämmigen Soldaten waren bei der Zeremonie anwesend. Familie Karakucak, welche auch mit enormer Aufregung zu kämpfen hatte, meinte, dass sie auf ihren Sohn ganz stolz sei. Grenadier Kerem Karakucak meinte sogar, dass er nach dem verpflichtenden Militärdienst dem Bundesheer erhalten bleiben und hier seine berufliche Laufbahn weiterführen möchte. (md/bk)



Die österreichische Garde am Weg zur Zeremonie



Christine Marek
Landesparteibüro
ÖVP Wien

Dr. Jessi Lintl
kandidiert als
Bezirksrätin der
Inneren Stadt in
Namen der ÖVP

„Löwin“ Ursula Stenzel
Bezirksvorsteherin 1. Bez.
kämpft für die innere Stadt

“Miteinander – Füreinander”

Obfrau des Wirtschaftsbundes Dr. Jessi Lintl kandidiert als Bezirksrätin der Inneren Stadt und besucht die Wohnungen und Unternehmer/-innen im Bezirk um ihren Anliegen und Problemen höchstpersönlich zuzuhören. Sie war auch bei uns auf Besuch.

EINSPRUCH interview zur
Wahl 10.10.2010 in Wien



Brigitte Jank
Präsidentin der
Wirtschaftskammer
Wien

■ WER IST FRAU DR. JESSI LINTL?

Dr. Jessi Lintl ist seit 17. November 2008 Obfrau des Wirtschaftsbundes Innere Stadt. Die Unternehmensberaterin ist glücklich verheiratet und Mutter zweier Töchter. Bei der Bezirksvertretungswahl kandidiert Frau Dr. Lintl als Bezirksrätin an 3. Stelle auf der ÖVP Liste, mit Ursula Stenzel als Spitzenkandidatin. Auf der Gemeinderatsliste liegt die Wienerin bereits an 21. Stelle.

Der erste Bezirk in Wien ist das beste Schmuckstück in ganz Österreich, welches in besten Händen verwaltet werden muss. Am 10. Oktober 2010 werden auch die Bewohnerinnen und Bewohner des ersten Bezirks mit ihren Stimmen entscheiden, wer in den nächsten fünf Jahren dieses Schmuckstück polieren darf.

Plausible Kandidaten trifft man in den Parteien SPÖ und ÖVP. Die ÖVP mit ihrer Bezirksvorsteherin Ursula Stenzel, alias „die Löwin“ und der Spitzenkandidatin des Wirtschaftsbundes im 1. Bezirk Frau Dr. Jessi Lintl haben viele Bewohner im ersten Bezirk höchstpersönlich besucht und die Probleme, Wünsche und Anliegen dieser zu Herzen genommen. Inzwischen hat Dr. Jessi Lintl auch unseren Verlag in der Dorotheergasse, der sich über den Café Hawelka befindet, einen Besuch erstattet. Somit konnten wir erfahren, warum sich die Bewohnerinnen und Bewohner am 10.10.2010 für Dr. Jessi Lintl entscheiden sollten.

„EINSPRUCH“ lud die Obfrau des Wirtschaftsbundes Innere Stadt zum gemeinsamen Gespräch ein.

FOLGENDE FRAGEN WURDEN BEHANDelt:

„Der Charme unserer Inneren Stadt“

Einspruch: Frau Dr. Lintl, warum liegt Ihnen gerade die Zukunft der Inneren Stadt persönlich am Herzen und was macht diesen Bezirk zu so etwas Besonderem für Sie? Warum sollte man Sie, Kandidatin der ÖVP, und Ursula Stenzel alias „die Löwin“ wählen?

Lintl: Richtig, die Löwin ist immer noch Frau Ursula Stenzel. Ursula Stenzel kämpft wie eine Löwin für mehr Lebensqualität im 1. Bezirk. Ich werde als Bezirksrätin in ihrem Team mitarbeiten. Seit meiner Jugend bin ich in der Inneren Stadt zu Hause und bin auch hier beruflich tätig. Ich freue mich täglich, in

der City zu leben und hier alles, was ich für mich und meine Familie brauche, geboten zu bekommen.

Kleine typische Geschäfte, alteingesessene Wiener Gastronomie, hochwertige Dienstleistungsbetriebe, Kultur und Internationalität, alles eingebettet in ein lebendiges Zentrum - das macht den Charme unseres Bezirkes aus. Wichtig für Wien als Wirtschaftsstandort ist der Mix aus Tradition und Moderne, Gemütlichkeit und Business, pulsierendem Leben und umfassender Lebensqualität. „Als Obfrau des ÖVP Wirtschaftsbundes Innere Stadt liegt mir die Wirtschaft im Bezirk besonders am Herzen. Bewohnerinnen und Bewohner, Unternehmerinnen und Unternehmer brauchen einander! Für eine lebendige, lebenswerte City!

„Bewohner und Betriebe: Miteinander – Füreinander“

Einspruch: Warum glauben Sie, ist die Innere Stadt so beliebt bei den Bewohnerinnen und Bewohnern und warum ist es ausgerechnet

in diesem Bezirk wichtig, Förderungen der Wirtschaftsagentur Wien zu erhalten?

Jessi Lintl: Die Bewohnerinnen und Bewohner schätzen die Lebensqualität in „ihrer“ Wiener City. Einen wesentlichen Beitrag dazu leisten die zahlreichen Betriebe mit ihrem attraktiven Angebot: Das Beisl ums Eck, das Restaurant, die Apotheke, die Trafik, der Friseur, die Putzerei, der Schuster; Delikatessengeschäfte, Fleischerhändler, Buchhandlungen – sie alle bieten mehr als bloße Versorgung, sondern stellen ein Stück weit Vertrautheit und „Zuhause“ dar.

Die Wirtschaftsagentur Wien fördert den Einzelhandel und das Kleingewerbe, die für die Nahversorgung in einer lebenswerten Stadt unbedingt notwendig sind, seit Juni 2010 in verstärkter Weise: Gefördert werden dabei Projekte, welche die Struktur und die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens langfristig verbessern und die Nahversorgungsfunktion des Betriebes nachhaltig sichern. Dies ist für viele traditionelle Wiener Betriebe eine wichtige Unterstützung, um einen gesunden Branchenmix sicher-



“Wichtig für Wien als Wirtschaftsstandort ist der Mix aus Tradition und Moderne, Gemütlichkeit und Business, pulsierendem Leben und umfassender Lebensqualität.”

zustellen und somit die hohe Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner unserer City zu erhalten.

„Geschäftsleute in der City leisten einen Beitrag zur Sicherheit“

Einspruch: Wieso sind Sie der Meinung, dass Geschäftsleute zur gemeinsamen Sicherheit beitragen? Was muss sicherheitstechnisch in der Inneren Stadt auf jeden Fall bedacht werden?

Jessi Lintl: Geschäftsleute in der Innenstadt erhöhen das Gefühl für Sicherheit bei Kunden und Bewohnern. Viele große Geschäfte, Juweliers, exclusive Designergeschäfte betreiben private Sicherheitsdienste. Das ist notwendig, um einerseits Diebe abzuschrecken und hat andererseits den Vorteil, dass Kunden, die diese Geschäfte betreten, sich geschützt fühlen. Einen weiteren Beitrag leisten jene Geschäfte und Gastronomielokale, die sich an der Aktion „Für dich da“ des



Wiener Wirtschaftsbundes beteiligen. Durch Aufkleber an ihren Geschäftstüren signalisieren sie Kindern, die in Not geraten, dass sie sich vertrauensvoll an sie wenden können und dass ihnen geholfen wird. Bereits

300 Betriebe in der City machen bei dieser Aktion mit. Besonders wichtig für die Sicherheit ist der enge Kontakt zwischen Bezirksbewohnern und Gewerbetreibenden; die Aufmerksamkeit dem Nachbarn gegenüber, der Austausch über verdächtige Beobachtungen erhöht die Sicherheit. Gegen die vielen Taschendiebstähle, die teilweise von organisierten Banden verübt werden, Hütchenspieler und Bettler verlangen Bewohner sowie Geschäftsleute eine funktionierende Stadtwache, die alleine durch ihre Präsenz die ständig steigende Anzahl an Kleindelikten einschränken könnte. Eine solche einheitlich uniformierte Stadtwache, wie die ÖVP Wien sie fordert, würde die Polizei entlasten, das Sicherheitsgefühl heben und wäre ein wesentlicher Beitrag zur Kriminalprävention.

Der „Goldene Ordner“ für die Gastronomie

Einspruch: Im Bereich der Gastronomie fällt nun öfters der Begriff „Goldener Ordner“, was kann man sich da runter vorstellen und was beinhaltet er?

Lintl: In Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbund Wien hat der Gastronomie Club ein neues, wertvolles Hilfsmittel für Gastronomen entwickelt, den „Goldenen Ordner“. Ein gastronomischer Betrieb unterliegt zahlreichen Behördenauflagen; sämtliche Bewilligungen und Befunde müssen bei Betriebsüberprüfungen jederzeit zur Hand sein. Dazu dient der „Goldene Ordner“, er beinhaltet alle Dokumente, die betriebliches, Personal, Lebensmittelhygiene und Versicherungen betreffen; Pläne und Befunde, Personalunterlagen, die das Arbeitsinspektorat verlangt, Betriebsanlagen-Bescheide, sowie Formulare für die Inspektion auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen.

Der „Goldene Ordner“ stellt eine echte Arbeits-erleichterung, eine große Serviceleistung für Gastronomen dar, die außerdem gratis ist. Die Bezirksobleute des Gastronomie Clubs für den Ersten Bezirk, Erwin Scheiflinger (Basteibeis) und Fritz Krötlinger



(Griechenbeis) bemühen sich, den „Goldenen Ordner“ an möglichst viele Kollegen im Bezirk zu verteilen und werden dabei unterstützt vom Bezirksgruppenobmann des Wirtschaftsbundes Innerer Stadt, Dr. Jessi Lintl. Bestellmöglichkeit für den „Goldenen Ordner“: Per E-Mail: office@wirtschaftsbund-wien.at und Tel.: 512 76 31 Weitere Informationen www.gastronomieclub.at office@gastronomieclub.at

„FÜR DICH DA“ City News

Einspruch: Der Wirtschaftsbund Wien hat eine neue Aktion namens „für dich da“ ins Leben gerufen, um mehr Sicherheit am Schulweg zu gewährleisten. Welche Maßnahmen wurden hierbei ergriffen?

Jessi Lintl: Seit bereits 2 Jahren läuft auch in der Inneren Stadt die Aktion „Für dich da“ des Wirtschaftsbundes Wien. Bereits mehr als 200 Geschäftsinhaber und Gastronomen beteiligen sich an der Initiative für mehr Sicherheit am Schulweg besonders rund um Schulen und Kindergärten!

Dazu wird ein Aufkleber für Kinder gut sichtbar an einer Geschäftstüre angebracht, der zeigen soll, dass die Mitarbeiter des so gekennzeichneten Betriebes jederzeit bereit sind einem Kind, das sich verunsichert fühlt, zu helfen. Dazu wurde zusätzlich zu den Aufklebern in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei ein Info-Folder entwickelt, der die wichtigsten Notrufnummern enthält. Der Wirtschaftsbund Wien hat für die Umsetzung der Initiative bereits ab der Planungsphase die Bundespolizei eingebunden. Polizisten und Polizeiwachstuben sind darüber informiert dass die Betriebe erste

Anlaufstelle sind, wenn sich Kinder in Not an sie wenden und in weiterer Folge, wenn nötig, die Polizei informieren. Generalmajor Karl Mahrer, Landespolizeikommandant für Wien, betont, dass durch diese Aktion „die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Wirtschaft weiter gestärkt wird“.

Jungunternehmer-Netzwerk: B2Bnetwork.at

Einspruch: Frau Dr. Lintl, für JungunternehmerInnen ist es anfangs oftmals schwierig, da sie mit vielen Herausforderungen zu kämpfen haben. Welche Formen der Unterstützung bietet der Wirtschaftsbund an, um Jungunternehmer in der Einstiegsphase zu helfen?

Jessi Lintl: Die ersten Monate und Jahre sind für Jungunternehmer entscheidend und bergen eine Menge an Herausforderungen, um die eigene Geschäftsidee zu etablieren.

Gerade in dieser Situation ist Unterstützung wichtig. Mit einem persönlichen Schreiben kontaktiert der Wirtschaftsbund Wien alle Jungunternehmer und bietet spezielle Beratungen und Information an. Weiters bietet der Wirtschaftsbund mit „B2Bnetwork.at“ das größte Unternehmernetzwerk Wiens an und ermuntert Jungunternehmer, aktiv zu werden und dieses zu nützen. B2Bnetwork.at ist eine lebendige Plattform mit über 3500 Teilnehmern, speziell für Einpersonen-, kleine und mittlere Unternehmen, das mehrmals im Monat Themenveranstaltungen mit anschließender Möglichkeit zum Kennenlernen und Meinungsaustausch anbietet. Online und auf Veranstaltungen können neue Kontakte geknüpft, Kooperationen geschlossen und neue Geschäftspartner gefunden werden. www.b2bnetwork.at

Der Wirtschaftsbund Wien hat sich zum Ziel gesetzt, UnternehmerInnen, die gerade einen Betrieb neu gegründet oder übernommen haben, tatkräftig zu unterstützen!

„Man denkt in Bildern“

Einspruch: Im Herzen Wiens ist es besonders wichtig, einen guten Eindruck bei den Besucherinnen und Besuchern, aber vor allem auch bei den Bewohnerinnen und Bewohnern, zu hinterlassen. Inwieweit spielt der Handel eine große Rolle? Warum würde die Position als Bezirksrätin zu Ihnen passen?

Jessi Lintl: Man sagt Österreich, denkt an Wien. Man sagt Wien, denkt an den Steffl...

die Innere Stadt. Der Handel sorgt hier für prächtige Schaufenster, die Gastronomie für ein verlockendes kulinarisches Angebot, die vielen Gewerbetreibenden für hohe Kundenfrequenz, zahlreiche Hotels und Firmensitze für pulsierendes Leben.



Die Innere Stadt ist ohne blühende Wirtschaft nicht vorstellbar. Aber sie ist auch und vor allem das Zuhause für ihre Bewohnerinnen und Bewohner; in diesem Zuhause sind alle zu Gast: Wirtschaftstreibende, Angestellte, freiberuflich Tätige, Kulturschaffende und viele

Besucher aus dem In- und Ausland. Wir haben gerne viele Gäste in „unserer Innenstadt“. Aber wir wollen auch, dass die Gäste unsere

Gastfreundschaft nicht allzu sehr strapazieren, dass unsere Lebensqualität nicht eingeschränkt wird. Die ÖVP mit Ursula Stenzel an der Spitze macht Politik für die Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner. Wir Bezirkspolitiker sind gleichzeitig auch Bezirksbewohner und

kennen daher die Anliegen aus eigener Erfahrung. Schenken Sie uns Ihr Vertrauen am 10.10.10! Wählen Sie die ÖVP bei der Bezirksvertretungswahl!





Am 10. Oktober haben Sie die Wahl: Welche Richtung soll die Stadtpolitik einschlagen? Ihre Entscheidung kann mithelfen, dass Wien auch

MIT IHREM KREUZERL ENTSCHEIDEN SIE DIE ZUKUNFT WIENS MIT

Mitbestimmen durch Wählen



Sind Sie heute schon mit der U-Bahn gefahren? Oder waren Sie im Stadtpark laufen? Waren das Wasser in der Früh warm und der Kühlschrank kalt? Vielleicht sind Sie auf einigen der mehr als 1.100 Radwegkilometer umweltfreundlich unterwegs gewesen? Oder Sie haben Ihr Kind in einen beitragsfreien Kindergarten gebracht? Diese Beispiele zeigen deutlich, dass Wien eine verlässlich funktionierende Stadt ist – und nebenbei noch die weltweit höchste Lebensqualität hat. Jeden Tag arbeiten die MitarbeiterInnen der Stadt Wien und engagierte StadtpolitikerInnen daran, dass das so bleibt und vieles noch weiter verbessert wird. Am 10. Oktober entscheiden Sie mit, in welche Richtung sich die Stadt in den kommenden Jahren entwickelt.

NUTZEN SIE IHR WAHLRECHT

Möglichst viele der ungefähr 1,25 Millionen Wahlberechtigten sollen bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen mit ihrer Stimme die Zukunft der Stadt mitbestimmen. Deshalb setzen die zuständige Stadträtin Sandra Frauenberger und die Wahlbehörde der Stadt (MA 62) auf umfangreiche Information und beste Vorbereitung. Wiens BürgerInnen können ihre Stimme in rund 1.800 Wahllokalen abgeben – oft befinden

WER DARF WÄHLEN?

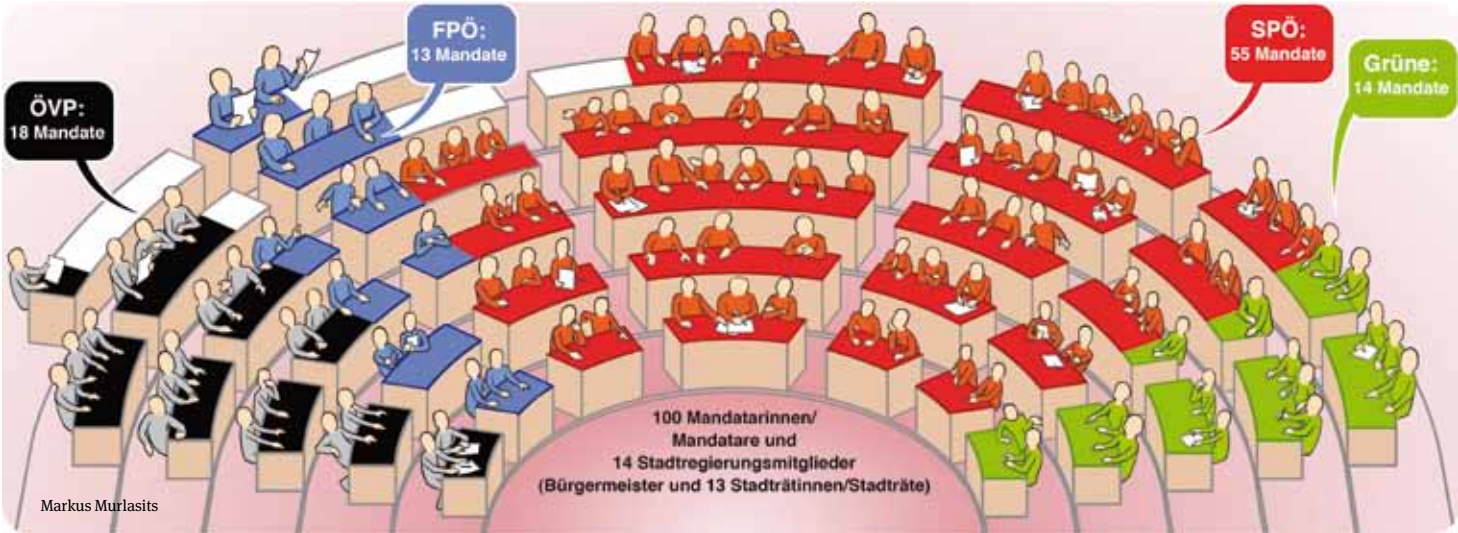
- Rund 1,25 Millionen WienerInnen sind bei den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen am 10. Oktober wahlberechtigt.
- An der Gemeinderatswahl können ÖsterreicherInnen ab 16 Jahren (geboren bis zum 10. Oktober 1994) teilnehmen.
- Für die Wahl der Bezirksvertretungen sind zusätzlich auch nichtösterreichische EU-BürgerInnen ab 16 Jahren stimmberechtigt.
- Für den Gemeinderat sind nichtösterreichische EU-BürgerInnen nicht wahlberechtigt, da dieser in Wien gleichzeitig der Landtag ist.
- Voraussetzung für die Stimmabgabe ist weiters, dass die BürgerInnen am 10. August ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten.
- Eine Woche vor dem Wahltermin erhalten Wahlberechtigte die „Amtliche Wahlinformation“ per Post. Dort steht, in welchem Wahllokal man die Stimme abgeben kann.

den sich diese in Schulen oder Bezirksämtern. Rund eine Woche vor der Wahl erfahren die wahlberechtigten WienerInnen aus der „Amtlichen Wahlinformation“, die per Post nach Hause geschickt wird, welches Wahllokal für sie zuständig ist.

SO KANN ICH AUCH WÄHLEN

Wer am Wahltag nicht im zuständigen Wahllokal wählen kann, kann eine Wahlkarte beantragen. Achtung: Sie wird nicht wie bei der Volksbefragung automatisch zugesandt. Mit einer Wahlkarte kann man in jedem Wiener Wahlkarten-Wahllokal oder per Brief im In- und Ausland wählen. Außerdem ist damit die Wahl vom Krankenbett aus möglich. Ganz einfach geht die Beantragung der Wahlkarte persönlich im zuständigen Wahlreferat des Magistratsbezirksamtes oder online (www.wahlen.wien.at). Einen Wahlkarten-Infobrief mit Antrag und Infos zur Wahl bekommen alle Wahlberechtigten per Post (siehe Seiten 25–27). Bis 6. Oktober kann man den Wahlkarten-Antrag schriftlich stellen. Bis 8. Oktober um 12 Uhr kann man den Wahlkarten-Antrag persönlich stellen. Eine telefonische Beantragung ist nicht möglich.

ALLE INFORMATIONEN ZU DEN WAHLEN
gibt's im kosten-losen „Kleinen Wiener Wahlwörterbuch“ in 13 Sprachen. Infotelefon: 01/525 50, www.wahlen.wien.at; bestellen beim wien.at-Clubtelefon 01/277 55 22



Ihre Vertreter im Gemeinderat

Der Gemeinderat ist in Wien
zugleich Landtag. Derzeit sind
darin vier Parteien vertreten:
SPÖ, ÖVP, Grüne und FPÖ.

WER MACHT WAS?

So funktioniert der Wiener Gemeinderat

Er ist das „Parlament“ der Stadt und besteht aus 100 Mitgliedern. Diese werden von der Bevölkerung für je fünf Jahre gewählt und sind zugleich Abgeordnete des Wiener Landtags.

AKTUELLE MANDATSVERTEILUNG

Nach der vergangenen Gemeinderatswahl im Jahr 2005 erhielt die SPÖ insgesamt 55 Sitze. Damit stellt sie mehr als die Hälfte aller Mandat - tarInnen und hat die absolute Mehrheit inne. Die ÖVP erhielt von den WienerInnen 18 Mandate, die Grünen konnten 14 Sitze erringen. Die FPÖ ist mit 13 Mandaten derzeit die kleinste Fraktion im Gemeinderat.

BESCHLÜSSE UND BUDGET

Die Mitglieder treffen alle für die Stadt wichtigen Entscheidungen. So wurden etwa der verpflichtende Führerschein für bestimmte Hunde beschlossen und die Mittel für den Nachtbetrieb der U-Bahn zur Verfügung gestellt. Denn auch für die Budgetplanung ist der Gemeinderat zuständig. Er verteilt fi-

■ GEMEINDERAT = LANDTAG Alle unter einem Dach: Stadt und Land zugleich

Wien ist Gemeinde, Bundesland und Landeshauptstadt. Die 100 GemeinderätInnen sind auch Landtagsabgeordnete. An der Spitze des Landtags steht der/die LandtagspräsidentIn.

AUFGABEN MIT VERANTWORTUNG

Er/sie wird von den Mitgliedern am Beginn jeder Legislaturperiode gewählt und vertritt von da an den Landtag nach außen. Weitere Aufgaben sind die Einberufung und Leitung der Landtagssitzungen,

die Festsetzung der Tagesordnung, die Beurkundung von Gesetzesbeschlüssen und die Festlegung der Reihenfolge der zur Verhandlung kommenden Geschäftsstücke. Außerdem hat er/sie für Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal zu sorgen.

WAHL DER VERTRETUNGEN

Auch der/die zweite und dritte LandtagspräsidentIn wird vom Landtag gewählt. Im Falle von Verhinderung wird der/die PräsidentIn von diesen vertreten.

SITZUNGEN LIVE AUF WIEN.AT

Landtags- und Gemeinderatssitzungen sind öffentlich und werden im Internet auf www.wien.at übertragen.

■ BÜRGERMEISTER MIT ZWEI „JOBS“

Der Chef des Rathauses steht als Wiener BürgermeisterIn an der Spitze des Stadtsenats und wird vom Gemeinderat gewählt. Dieser ist in Wien zugleich Landtag. Somit hat der/die BürgermeisterIn auch die Position als Landeshauptmann/- frau inne. In dieser Funktion vertritt er/sie das Land Wien nach außen.

nanzielle Mittel für Projekte und Vorhaben. Um Geld zur Verfügung stellen zu können, muss die Stadt Einnahmen machen. So werden Gebühren, Abgaben und Tarife vom Gemeinderat bzw. Landtag festgelegt.

WAHL DER RATHAUS-SPITZE

Die Mitglieder wählen auch den/die BürgermeisterIn. Er/ sie ist zugleich Landeshauptmann/- frau und wird mit unbedingter Stimmenmehrheit gewählt.

ALLES AUS EINEN BLICK: Kleine Wiener Wahlhilfe



■ Was wird gewählt?
Gemeinderat und 23 Bezirksvertretungen
Wahltag Sonntag, 10. Oktober 2010
Öffnungszeiten der Wahllokale 7 bis 17 Uhr



■ Wahlberechtigt
1. Österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (für beide Wahlen), 2. nichtösterreichische EU-Bürgerinnen und EU-Bürger (nur für die Bezirksvertretungswahlen), die am Stichtag der Wahl (10. August 2010) ihren Hauptwohnsitz in Wien hatten und spätestens am Wahltag das 16. Lebensjahr vollendet haben.



■ Wählerverzeichnis
In Österreich werden alle Wählerinnen und Wähler automatisch im Wählerverzeichnis erfasst und brauchen für eine Eintragung selbst nichts zu tun.



■ Amtliche Wahlinformation
Jede Wählerin und jeder Wähler erhält zirka eine Woche vor der Wahl die „Amtliche Wahlinformation“ durch die Post. Inhalt: 1. Wo ist mein Wahllokal? 2. Wichtige Informationen zur Wahl



■ Wahlkarte
Wer am Wahltag voraussichtlich nicht im zugeteilten Wahllokal wählen kann, kann eine Wahlkarte beantragen. Wo beantragen? Im zuständigen Wahlreferat des Magistratischen Bezirksamtes. Mit dieser Wahlkarte hat man die Möglichkeit, 1. per Briefwahl im In- und Ausland seine Stimme abzugeben oder 2. in einem beliebigen Wiener Wahlkarten-Wahllokal zu wählen.



■ Krankheit, Bettlägerigkeit
Bei Krankheit oder Bettlägerigkeit ist der Besuch zu Hause durch eine Wahlkommission möglich. Voraussetzung dazu ist eine Wahlkarte.



■ Briefwahl
Mit einer Wahlkarte kann man im In- und Ausland auch per Brief wählen – und das schon vor dem Wahltag. In jedem Fall muss man spätestens vor Schließen des letzten Wahllokals (10. Oktober 2010, 17 Uhr) wählen. Mit einer Unterschrift bestätigt man, dass der Stimmzettel persönlich, unbeobachtet, unbeeinflusst und vor dem Schließen des letzten Wahllokals ausgefüllt wurde. Die Wahlkarte muss spätestens am 18. Oktober 2010, 14 Uhr, per Post, per Botin oder Boten oder durch persönliches Abgeben bei der zuständigen Wahlbehörde eingelangt sein. Weitere Informationen befinden sich auf der Wahlkarte.



■ Ganz wichtig am Wahltag
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen! (Zum Beispiel Reisepass, Personalausweis, Führerschein oder Studierendenausweis)



■ Im Wahllokal
Österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bekommen ein Wahlkuvert und zwei Stimmzettel: einen für die Gemeinderatswahl und einen für die Bezirksvertretungswahl. Nichtösterreichische EU-Bürgerinnen und EU-Bürger bekommen ein Wahlkuvert und einen Stimmzettel für die Bezirksvertretungswahl.



■ In der Wahlzelle
Es gilt das geheime und persönliche Wahlrecht. Jede Wählerin oder jeder Wähler wählt alleine!



■ Vorzugsstimmen
Man kann nicht nur eine Partei wählen, sondern zusätzlich noch Kandidatinnen und Kandidaten derselben Partei Vorzugsstimmen geben. Die Liste der wählbaren Kandidatinnen und Kandidaten findet man in der Wahlzelle und rund drei Wochen vor der Wahl im Internet unter www.wahlen.wien.at.



■ Nach dem Wahlvorgang
Die Wählerin oder der Wähler steckt noch in der Wahlzelle alle ausgefüllten Stimmzettel in das Wahlkuvert und verschließt es. Das Wahlkuvert kommt in die Wahlurne.

■ WIEN-WAHL: Endgültige Zahl der Wahlberechtigten

WIEN - Bei der Gemeinderatswahl 1.144.510 Wahlberechtigte, bei den Bezirksvertretungswahlen insgesamt 1.252.877 Wahlberechtigte. Nach der Sitzung der Stadtwahlbehörde, mit der das Reklamationsverfahren

zu den Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2010 abgeschlossen wurde, liegt die endgültige Zahl der Wahlberechtigten vor.

Bei der Wiener Gemeinderatswahl werden 1.144.510 Personen wahlberechtigt sein. Die Zahl der Wahlberechtigten teilt sich in 613.543 Frauen und 530.967 Männer. Bei den Bezirksvertretungswahlen werden

1.252.877 Personen wahlberechtigt sein. Bei den Bezirksvertretungswahlen sind 669.686 Frauen und 583.191 Männer wahlberechtigt. In dieser Zahl sind auch 108.367 wahlberechtigte nichtösterreichische EU BürgerInnen enthalten. Weitere Informationen: Wiener Stadtinformationszentrum unter der Telefonnummer 01/525 50 bzw. im Internet unter www.wahlen.wien.at.

WER TRITT AN?

MANDATE UND ANTRETENDE PARTEIEN IN DEN BEZIRKEN

INNERE STADT



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, WIR, LIF

LEOPOLDSTADT



60 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, KI, LIF

LANDSTRASSE



54 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF, CPÖ

WIEDEN



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

MARGARETEN



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

MARIAHILF



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, ECHT, KPÖ, LIF, MUT, IGS

NEUBAU



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, MUT, LIF

JOSEFSTADT



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, ECHT, MUT, LIF

ALSERGRUND



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

FAVORITEN



60 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF, DEM

SIMMERING



52 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF



Die Gestaltung und Instandhaltung von Parks und Spielplätzen zählt ebenso zu den Aufgaben der 23 Bezirke wie die Erhaltung von Pflichtschulen und Kindergärten.

Wie funktioniert die Bezirksvertretung?

In welchem Park soll ein Klettergerüst errichtet werden? Welche Straße könnte eine Wohnstraße werden? Bei welcher Schule wird die Fassade renoviert? Diese und eine Reihe ähnlicher Fragen beschäftigen die MandatarInnen der 23 Wiener Bezirksvertretungen.

1.112 MANDATE VERGEBEN

Im Rahmen des Wahltages am 10. Oktober werden auch die 23 Bezirksvertretung neu gewählt – mit dem gelben Stimmzettel. Insgesamt werden dabei 1.112 Mandate vergeben. Zwischen 40 und 60 pro Bezirk – abhängig von der jeweiligen Bevölkerungszahl. Was aber ist die Aufgabe der BezirksrätInnen?

HAUSHALTEN IM BEZIRK

Am 10. Oktober werden neben dem Gemeinderat auch die Vertretungen für die 23 Wiener Bezirke gewählt. Das Aufgabenfeld der Bezirksparlamente ist vielfältig und



Den Bezirken wurden von der Stadt bestimmte Aufgaben übertragen. Ob Ausbau des Radwegenetzes, Planung verkehrsberuhigter Zonen oder die Erhaltung von Nebenstraßen: Auch dafür ist die Bezirksvertretung zuständig, ebenso wie für die Instandhaltung von Pflichtschulen, städtischen Kindergärten und Spielplätzen sowie das Führen der Pensionisten klubs. Dafür bekommen sie nach einmausegeklügelten Schlüssel Geld. Wie es eingesetzt wird, bestimmen die Bezirke. Die BezirksrätInnen leben und arbeiten meist selbst im Bezirk und kennen daher die BewohnerInnen und deren Bedürfnisse sehr gut.

WISSEN

Die Aufgaben der Bezirke:

- Erhaltung von Nebenstraßen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit
- Errichtung und Pflege von Parks & Spielplätzen
- Instandhaltung von städtischen Kindergärten und Pflichtschulen
- Führung von Pensionistenklubs

SITZUNGEN DER BEZIRKSPARLAMENTE

Im Rahmen der Bezirksvertretungssitzungen – sie sind öffentlich und werden ein paar Mal im Jahr abgehalten – wird beschlossen, wofür Geld eingesetzt wird. Ein Beispiel: Im Rahmen einer Sitzung der Bezirksvertretung Penzing wurde beschlossen, in der Volksschule Felbigergasse Fassade, Dach, Turnsaal und Sanitärräume Kindergärten sowie einen Teilabschnitt

der Märzstraße wurden Sanierungsmaßnahmen beschlossen. Derartige Anträge werden an die zuständigen Dienststellen im Magistrat oder an einen Fachausschuss – etwa Kultur oder Verkehr – der Bezirksvertretung zur weiteren Bearbeitung geleitet und in weiterer Folge wird um die finanziellen Mittel angesucht bzw. dazu abgestimmt.

AUCH EU-BÜRGERINNEN SIND WAHLBERECHTIGT

Bei den Bezirksvertretungswahlen dürfen neben ÖsterreicherInnen auch nicht österreichische EU-BürgerInnen teilnehmen. Sie müssen bis 10. Oktober 1994 geboren sein und ihren Hauptwohnsitz spätestens am 10. August 2010 in Wien begründet haben.

VORZUGSSTIMME VERGEBEN

Auch bei der Wahl zur Bezirksvertretung können die WählerInnen ihr Recht, Vorzugsstimmen zu vergeben, nutzen. Damit können Sie einer/ einem schlecht gereihten Kandidatin/Kandidaten Ihrer Wahl zum Sprung in die Bezirksvertretung verhelfen.

Bitte nicht vergessen: Die Vorzugsstimme ist nur dann gültig, wenn die/der KandidatIn auch für die von Ihnen gewählte Partei antritt.

MEIDLING



54 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, PH, BZÖ, KPÖ, AKTIV, LIF

HIETZING



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

PENZING



54 Mandate

antr. Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF, DEM

RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS



46 Mandate

antr. Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, DEM, LIF

OTTAKRING



58 Mandate

antr. Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, KI, LIF

HERNALS



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

WÄHRING



40 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF

DÖBLING



46 Mandate

antr. Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, AL, LIF

BRIGITTENAU



52 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, SLP, BZÖ, KPÖ, DEM, LIF

FLORIDSDORF



60 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, WIFF, BZÖ, DEM, KPÖ, Initiative BürgerInnen für Stammersdorf, LIF

DONAUSTADT



60 Mandate

antr. Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE, FPÖ, BZÖ, KPÖ, LIF, DEM

LIESING



56 Mandate

antretende Parteien: SPÖ, ÖVP, GRÜNE,

Wie füllt man Stimmzettel richtig aus?

Amtlicher Stimmzettel für den Gemeinderat Wahlkreis			
1 Für die gewählte Partei im Kreis ein X einsetzen	2 Kurzbezeichnung Partei 1	3 Parteibezeichnung	5 Zwei Vorzugsstimmen für die Stadt
	Partei 2		4 Vorzugsstimme für den Bezirk / Wahlkreis
	Partei 3		
	Partei 4		
	Partei 5		
	Partei 6		

3. In der Zeile „Parteibezeichnung“ wird der vollständige Wortlaut der bei der Gemeinderatswahl antretenden Parteien angeführt.

4. Bei der Gemeinderatswahl können Sie auch Vorzugsstimmen vergeben. In das freie Feld bei „Vorzugsstimme für den Bezirk/Wahlkreis“ schreiben Sie den Namen der Kandidatin/des Kandidaten, die/den Sie unterstützen wollen. Die Liste finden Sie ab Ende September im Internet sowie am Wahltag in der Wahlzelle ausgehängt.

5. Zwei Vorzugsstimmen können an KandidatInnen des Stadtwahlvorschlages vergeben werden. Auch sie sind im Internet sowie in der Wahlzelle aufgelistet (siehe rechts).

Wie die Bezirksvertreter gewählt werden

So füllen Sie den gelben Stimmzettel für die Bezirksvertretungswahl aus:

A. In der ersten Spalte des Stimmzettels setzen Sie Ihr Kreuz für jene Partei ein, die Sie wählen wollen.

B. In der zweiten Spalte sind die Parteien unter ihrer Kurzbezeichnung gelistet. Die Reihenfolge folgt dem Ergebnis der vergangenen Gemeinderatswahl. Jene Partei, die 2005 die meisten Mandate erhalten hat, steht an erster Stelle. Alle nicht im Gemeinderat vertretenen Parteien sind in der Reihenfolge gelistet, in der sie ihre Kandidatur eingereicht haben.

C. In der Zeile „Partei - bezeichnung“ wird der vollständige Wortlaut der bei der Bezirksvertretungswahl antretenden Parteien angeführt.

D. Bei der Wahl für die Bezirksvertretung können Sie nicht nur eine Partei wählen. Sie können auch eine Vorzugsstimme für Ihre/-n Lieblingskandidatin/- kandidaten vergeben. In das freie Feld bei „Vorzugsstimme für den Bezirk“ schreiben Sie den Namen der Kandidatin/des Kan di da - ten, die/den Sie unterstützen wollen. Die Liste finden Sie ab Ende September im Internet sowie am Wahltag in der Wahlzelle ausgehängt.

So füllen Sie den weißen Stimmzettel für die Gemeinderatswahl richtig aus:

1. In der ersten Spalte des Stimmzettels setzen Sie Ihr Kreuz für jene Partei ein, die Sie wählen wollen.

2. In der zweiten Spalte sind die antretenden Parteien unter ihrer Kurz - be-

zeichnung aufgelistet. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich nach dem Ergebnis der vergangenen Gemeinderatswahl. Jene Partei, die im Jahr 2005 die meisten Mandate erhalten hat, steht an erster Stelle.

Alle derzeit nicht im Gemeinderat vertretenen Parteien werden in der Reihenfolge gelistet, in der sie ihre Kandidatur eingereicht haben.



Sirtakis

Genussvielfalt nach griechischer Art

Das SIRTAKIS Sortiment auf einen Blick:

- ▶ Hirtenkäse, 50% Fett i.Tr., 200g
- ▶ Schafkäse, 50% Fett i.Tr., 200g
- ▶ Hirtenkäsewürfel in Öl mit Kräutern, 50% Fett i.Tr., 300g
- ▶ Halloumi – Grillkäse aus Zypern, 43% Fett i.Tr, 225g
- ▶ Tzatziki, 200g
- ▶ Sahnejoghurt, stichfest, 10% Fett, 200g
- ▶ Sahnejoghurt, stichfest, 10% Fett, 1kg



Genuss Vielfalt

SIRTAKIS bietet als erste Marke ein Gesamtsortiment nach typisch griechischen Originalrezepten unter einem Markendach.

www.sirtakis.de

Das Wichtigste auf einen Blick

Unbedingt mitnehmen Wählen mit Wahlkarte

AUFGEPASST: Wer bei den Wahlen am 10. Oktober seine Stimme abgeben will, muss im Wahllokal seine Identität nachweisen. Das heißt, Sie müssen ins Wahllokal einen gültigen amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen. Dazu zählen Reisepass, Personalausweis, Führerschein oder Studierendenausweis. Nicht als Lichtbildausweis gelten die Wahlkarte und die „Amtliche Wahlinformation“.

HILFE BEIM WÄHLEN

Für blinde und sehbehinderte WählerInnen stehen in der Wahlzelle Stimmzettel-Schablonen zur Verfügung. Menschen, die den Stimmzettel nicht alleine ausfüllen können, können sich von einer Begleitperson beim Ausfüllen helfen lassen.



■ MIT „AMTLICHER WAHLINFORMATION“ ZUM ZUSTÄNDIGEN WAHLLOKAL

Rund eine Woche vor der Wahl erhält jede/-r Wahlberechtigte eine „Amtliche Wahlinformation“ per Post. Diese offizielle Mitteilung wird automatisch zugeschickt. Darin enthalten ist die Anschrift Ihres zuständigen Wahllokals sowie weitere Informationen zu den Wahlen. Achtung: Die „Amtliche Wahlinformation“ ist keine Wahlkarte. Sie dient auch nicht als Ausweis.

KEINE WARTEZEIT

Tipp: Nehmen Sie die „Amtliche Wahlinformation“ ins Wahllokal mit. Sie können damit leichter im WählerInnenverzeichnis gefunden werden und tragen dazu bei, Wartezeiten zu vermeiden.

WENN Sie nicht in Ihrem Wahllokal wählen können, können Sie beim zuständigen Wahlreferat des Magistratsbezirksamts eine Wahlkarte beantragen. Damit können Sie in jedem Wahlkarten-Wahllokal und per Brief wählen. Alle Wahlberechtigten erhalten per Post einen violetten Wahlkarten-Infobrief zugeschickt. Neben vielen Infos enthält dieser einen Antrag zur Ausstellung einer Wahlkarte. Einen Wahlkarten-Antrag gibt's auch online auf www.wahlen.wien.at.

Die Wahlkarte können Sie schriftlich per Brief, Fax oder E-Mail bis 6. Oktober beantragen. Bis 8. Oktober, 12 Uhr, geht's auch persönlich. Folgende Angaben sind dafür notwendig:

Vorname, Familien-/ Nachname, Geburtsdatum, Geburtsort, Adresse des Hauptwohnsitzes und ein amtlicher Lichtbildausweis. Die Wahlkarte ist ein Kuvert. Es enthält die/den Stimmzettel für die Wahlen sowie ein kleines Wahlkuvert. Sie können die Wahlkarte abholen oder per Post zustellen lassen bzw. persönlich abholen.

Wählen durch Briefwahl

MIT einer Wahlkarte können Sie Ihre Stimme auch per Briefwahl im Inund Ausland abgeben. Auf der Wahlkarte ist die Adresse der zuständigen Wahlbehörde aufgedruckt. Die Wahlkarte kann per Post, persönlich oder per BotIn an die Wahlbehörde übermittelt werden. Die Wahlkarte muss bis spätestens 18. Oktober, 14 Uhr, bei der zuständigen Wahlbehörde einlangen.

EINSPRUCH

IMPRESSUM

RICHTUNG DER ZEITUNG:

Liberal-demokratisch.
Ohne Einspruch kein Anspruch

REDAKTION:

Tel.: 01 / 513 76 15-0 / Fax.: 01 / 513 76 15-30

INTERNET:

www.dereinspruch.at

EMAIL:

office@dereinspruch.at

HERAUSGEBER:

DI Birol Kilic

CHEFREDAKTEUR:

Yüksel Karaman

REDAKTION

Leyla Sagmeister, Petra Kolesky,
Tarkan Cem, Tara Auböck, Alina Witte,

HERSTELLER:

Medieninhaber / Neue Welt Verlag Gesmbh
FN 244219

HERSTELLUNGSORT:

Wien

POST ADRESSE:

EINSPRUCH, Dorotheergasse. 6/24 1010 WIEN

ANZEIGEN:

Tel.: 01 / 513 76 15 - 24
Fax.: 01 / 513 76 15 - 30
Mo-Fr: 9-17h
anzeige@dereinspruch.at



Wien– Aktuelle Umfragen unter Wiens Unternehmen zeigen, dass der Leidensdruck der Wiener Betriebe mit der Bürokratie ein Ausmaß erreicht hat, das ein längeres Zuwarten nicht zulässt. Nach dem erfolgreichen Modell der Ombudsstelle für Unternehmensfinanzierungen richtet die Wirtschaftskammer Wien daher nun eine eigene Ombudsstelle für Bürokratieabbau

WKO richtet neue Ombudsstelle für Bürokratieabbau ein



ein. Wiens Unternehmen verursacht die Bürokratie mittlerweile einen jährlichen Aufwand von über 1 Mrd. Euro. „Mit der Ombudsstelle für Bürokratieabbau schaffen wir eine neue Anlaufstelle, die auf eine partnerschaftliche Problemlösung mit der öffentlichen Verwaltung abzielt“, sagt Wirtschaftskammer Wien-Präsidentin Brigitte Jank. Ihr gehe es bei der Ombudsstelle aber nicht nur um eine Hilfestellung für konkrete Einzelfälle, „sondern insgesamt um kürzere

und einfachere Verfahren in der öffentlichen Verwaltung und ein gesteigertes Bewusstsein, welchen Schwierigkeiten sich Unternehmen durch das dichte Regelwerk an Gesetzen, Verordnungen und behördlichen Auflagen ausgesetzt sehen. Allein in Wien gibt es derzeit 561 Landesgesetze und Verordnungen mit über 8500 Paragraphen – Bundesbestimmungen sind hier noch gar nicht mitgerechnet. Die neue Ombudsstelle wird ab morgen, 1. Oktober, operativ tätig sein und ist vorläufig mit sechs Mitarbeitern ausgestattet.***

FÄLLE GEMEINSAM AUFARBEITEN

Eine wesentliche Aufgabe der Ombudsstelle ist weiters, den Unternehmen eine sinnvolle Möglichkeit zu bieten, ihre Erfahrungen und Belastungen, aber auch ihre Verbesserungsvorschläge an kompetente Ansprechpartner heranzutragen. „Von der öffentlichen Verwaltung werden die Unternehmer mit ihren Sorgen allein gelassen. Für die Behandlung von Problemen gibt es keine Zuständigkeit, die Gesetzmäßigkeit steht über der Sinnhaftigkeit und Zumutbarkeit“, skizziert Jank das Grundproblem. Dies soll sich nun

grundlegend ändern, denn die Ombudsstelle der Kammer soll mit den unterschiedlichen Behörden, Magistraten und Ämtern eng vernetzt werden, um aus den herangetragenen Fällen Verbesserungsvorschläge für die Zukunft zu entwickeln. „Unternehmertum steht in vielfältiger Weise in engem Kontakt zur öffentlichen Verwaltung, deshalb müssen die bestehenden Probleme gemeinsam aktiv aufgearbeitet werden“, sagt Jank.

BETROFFENHEIT NIMMT ZU

Jank hatte die Einrichtung einer Ombudsstelle für Bürokratieabbau im Juli des heurigen Jahres angekündigt, nachdem eine neue Studie aus dem Bereich der Wiener Industrie den steigenden Druck auf die Betriebe offengelegt hat. In der damaligen Befragung hatten 62 Prozent der Betriebe angegeben, dass das Übermaß an Bürokratie ein klarer Nachteil des Standortes Wien ist. Dieser Wert hat gegenüber der vorangegangenen Befragung im Jahr 2008 um acht Prozentpunkte zugenommen. Auch in allen anderen Wirtschaftsbereichen nimmt die Betroffenheit zu, wie eine kürzlich veröffentliche

Neue Anlaufstelle für Wiener Unternehmer in der Wirtschaftskammer Wien ab 1. Oktober – Ziel ist partnerschaftliche Problemlösung gemeinsam mit der öffentlichen Verwaltung zur Effizienzsteigerung

Befragung des Meinungsforschungsinstituts GfK gezeigt hat. Demnach äußern sich 73 Prozent der Wiener Unternehmer kritisch zum Thema Bürokratie, zwei Drittel sehen eine Zunahme von Verwaltungshemmnissen. In Summe wird ein Entlastungspotenzial von 250 Mio. Euro erwartet.

DIE GRÖSSTEN DRUCKPUNKTE

Von Wiener Betrieben beklagt werden insbesondere Probleme bei Betriebsanlagengenehmigungen, Interessenskonflikte mit Anrainern, Spießroutenläufe durch die Verwaltung, eine Zersplitterung von Kompetenzen und insgesamt ein zu geringes Verständnis für die Notwendigkeiten der Wirtschaft. Zudem sind für Unternehmen wichtige Gesetzesbestimmungen oft undeutlich, praxisfern oder mit einem großen Umsetzungsaufwand verbunden und müssen daher wirtschaftsnah überarbeitet werden. Auch Förderanträge sind oft mit vielen Seiten langen Antragsformularen und kostenintensiven Vorarbeiten verbunden, ohne die Sicherheit einer Zusage zu haben.

SUBSTANZIELLE VERBESSERUNGEN ERREICHEN

„Durch die Arbeit der Ombudsstelle werden wir noch tiefere Einblicke in die vielschichtigen Problemlagen der Unternehmen mit der Bürokratie gewinnen und auswerten können“, kündigt Jank an. Dies sei eine entscheidende Voraussetzung dafür, substanzielle Verbesserungen zu erreichen.

■ SERVICE

Die Ombudsstelle für Bürokratieabbau ist unter der Wiener Telefonnummer 01 51450 1060 bzw. buerokratieabbau@wkw.at erreichbar und steht allen Wiener Betrieben aus allen Branchen offen. Weitere Infos unter wko.at/wien/buerokratieabbau.

ALLE INFOS GIBT'S AUCH IM WIENER STADTINFORMATIONSZENTRUM UNTER TELEFON 01/525 50 UND AUF WWW.WAHLEN.WIEN.AT.